



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Kommunale Selbstverwaltung wiederherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass mit dem Urteil vom OVG Magdeburg vom Dezember 2023 in letzter Instanz klargestellt wurde, dass die Finanzausstattung der klagenden Kommunen in Sachsen-Anhalt unzureichend ist und somit diese ihre gesetzlichen Aufgaben nicht erfüllen können. Das Gericht hat festgestellt, dass die Gemeinden, die gegen die Kreisumlage geklagt haben, unterfinanziert sind. Das hat bezüglich der Finanzausstattung der Landkreise, welche im Wesentlichen über die Kreisumlage erfolgt, erhebliche Mindereinnahmen zur Folge.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzbeziehung zwischen Land und Kommunen und hierbei die Finanzausstattung der Landkreise schnellstmöglich so zu regeln, dass diese in der Lage sind, ihre Aufgaben vollständig zu erfüllen und die kommunale Selbstverwaltung in Sachsen-Anhalt wieder hergestellt ist.

Begründung

Seit Jahren klagen Gemeinden in Mansfeld-Südharz vor Gericht gegen die Höhe der Kreisumlagen. Mit der Entscheidung der Gerichte wurde nun klargestellt, dass die Gemeinden Recht bekommen und sie rückwirkend und auch perspektivisch deutlich weniger Kreisumlage an den Landkreis Mansfeld-Südharz entrichten. Die soll dazu führen, dass die Gemeinden wieder in der Lage sind, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen und Handlungsspielräume für eigene Gestaltungsoptionen bekommen.

Im Gegensatz zu den Gemeinden erhalten die Landkreise jedoch keine eigenen Steuereinnahmen. Die Landkreise Sachsen-Anhalts finanzieren sich ausschließlich über die Kreisumlage und die finanziellen Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt. Die Entscheidung des OVG Magdeburg hat unter anderem zur Folge, dass deutlich weniger Mittel aus der Kreisumlage in den Landkreis Mansfeld-Südharz fließen werden. Da der Landkreis auch seinen gesetzlichen Aufgaben nachkommen muss, sind die Finanzbeziehungen mit dem Land schnellstmöglich so zu regeln, dass der Landkreis vom Land entsprechend finanziell ausgestattet werden muss.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz